

# **Öffentliche Bekanntmachung**

## **Gemeindeverwaltungsverband „Raum Weinsberg“**

### **Inkrafttreten des Bebauungsplans „Verbindungsstraße zwischen der B 39a und der L 1102 – 1. Änderung (Kreisverkehr)“ (08125024\_0795\_029\_01)**

Die Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Raum Weinsberg hat am 01.12.2025 in öffentlicher Sitzung den Bebauungsplan „Verbindungsstraße zwischen der B 39a und der L 1102 – 1. Änderung (Kreisverkehr)“ (08125024\_0795\_029\_01)“ als Satzung gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) und § 74 Landesbauordnung (LBO) in Verbindung mit § 4 Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) in der derzeit geltenden Fassung beschlossen.

Der Bebauungsplan „Verbindungsstraße zwischen der B 39a und der L 1102 – 1. Änderung (Kreisverkehr)“ (08125024\_0795\_029\_01)“ besteht aus dem Planteil im Maßstab 1:500 und dem Textteil jeweils vom 06.05.2024/05.08.2025, beide gefertigt von den Rauschmaier Ingenieuren, Bietigheim-Bissingen.

Beigelegt sind die Begründung vom 06.05.2024/05.08.2025, ein landschaftspflegerischer Begleitplan mit Eingriffs-/Ausgleichsuntersuchung vom 07.11.2025, ein öffentlich-rechtlicher Vertrag über Ausgleichsmaßnahmen o.D. (28.10.2025), ein Fachbeitrag Artenschutz vom 18.07.2025, eine schalltechnische Untersuchung von 12.2024, eine Luftbildauswertung auf Kampfmittelbelastung vom 11.04.2025, das Wasserrechtsverfahren Totenbaumgraben vom 03.07.2025 und die dazu gehörende Vorprüfung der Umweltverträglichkeit vom 06.08.2025, ein Baugrundgutachten und Ermittlung der Schadstoffpotentiale vom 08.07.2025, die Ausnahme nach § 30 BNatSchG vom 25.11.2025 für die Feldhecken sowie die Abwägung eingegangener Stellungnahmen vom 05.08.2025 und vom 01.12.2025.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Bebauungsplan im Rahmen des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB ohne frühzeitige Beteiligung und ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt wurde, weil lediglich geringfügige Änderungen des bestehenden Bebauungsplanes erforderlich waren (andere Aufteilung der Verkehrsflächen) und damit die Grundzüge der Planung nicht berührt wurden.

Der Geltungsbereich ist im folgenden Kartenausschnitt dargestellt:



Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder von aufgrund der GemO erlassenen Verfahrensvorschriften ist nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch und unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung gegenüber der Stadtverwaltung Weinsberg oder der Gemeindeverwaltung Ellhofen geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind. Abweichend hiervon kann die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften auch nach Ablauf der Jahresfrist von jedermann geltend gemacht werden, wenn der Bürgermeister dem Satzungsbeschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen oder wenn vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Satzungsbeschluss beanstandet oder ein anderer die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften innerhalb der Jahresfrist geltend gemacht hat.

Weinsberg, 12.12.2025

gez. Birgit Hannemann  
Bürgermeisterin und Verbandsvorsitzende